

## **Fürsorge ist systemrelevant!**

### **Zwischenrufe des Zukunftsforums Familie e. V. (ZFF)**

Mitgliederversammlung, 02. Oktober 2020

Die Corona-Pandemie hat unsere Gesellschaft gefordert wie selten zuvor. Dabei haben Familien in den vergangenen Monaten bewiesen, dass sie unsere Gesellschaft im innersten zusammenhalten: Die Erwerbsarbeit wurde entweder nach Hause verlagert oder fand unter großen Herausforderungen statt, um die soziale und technische Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig wurde die Betreuung der Kinder, die Begleitung der Schulaufgaben, der Pflege von Angehörigen, die solidarische Nachbarschaftshilfe u. V. m. gestemmt. Dabei waren die Familien weit gehend auf sich alleine gestellt: Die Kindertagesbetreuung und die Schulen liefen nicht im Regelbetrieb und Familienbildung sowie weitere Angebote der Kinder- und Jugendhilfe fanden nur unter erschwerten Bedingungen statt. Auch Angebote ambulanter Pflegedienste oder Tageseinrichtungen standen nur eingeschränkt zur Verfügung.

Insbesondere die Kinder und Jugendlichen waren es, die am wenigsten Beachtung gefunden haben mit ihren Bedürfnissen nach Freizeit, Platz zum Spielen und Lernen, Treffen von Freund\*innen und einem stabilen und möglichst stressfreien familiären Umfeld.

In den allermeisten Familien wurden all diese Aufgaben hervorragend gemeistert, das verdient größten Respekt und Anerkennung! Gleichzeitig sehen wir auch, dass es Kinder und Partner\*innen (meist Frauen) gibt, die in ihrem Zuhause Gewalt ausgesetzt waren und sind.

Die Bundesregierung und viele Arbeitgeber\*innen haben teilweise verstanden, dass Familien in dieser Situation Unterstützung brauchen. Es wurden Sozialpakete geschnürt, Unterstützungsleistungen im Rahmen des Konjunkturpaketes geschaffen und Rücksicht auf Arbeitnehmer\*innen mit Fürsorgeaufgaben genommen. Dennoch zeigt sich, dass die Lasten, die der „Lockdown“ des öffentlichen und sozialen Lebens mit sich gebracht hat sowie die Wirkungen der staatlichen Rettungsschirme ungleich verteilt sind. Aus unserer Sicht ist es nicht nachzuvollziehen, dass die Interessen von Familien, Senior\*innen, Frauen und Jugendlichen nicht am Tisch des Krisenkabinetts und der wissenschaftlichen Beiräte besprochen wurden und sie bis heute nur zweitrangig verhandelt werden.

Diese Lücken im Hilfesystem und den Rettungsschirmen sind weiter offen und müssen dringend geschlossen werden. Dieses gilt für Krisenzeiten, wie wir sie gerade erleben, aber auch für die Zukunft unserer Gesellschaft!

#### **1. Zwischenruf:**

##### **Kinder und Jugendliche dürfen nicht zurückgelassen werden!**

Kinder und Jugendliche sind mit ihrem Bedürfnis nach Austausch und ihrem Recht auf Bildung in dieser Krise kaum wahrgenommen worden. Dies zeigte sich an den mühsamen Planungen zum Wiedereinstieg in die Kindertagesbetreuung und Schulen. Natürlich muss der Infektionsschutz im Zentrum der Planungen stehen. Dennoch sind Kinder und Jugendliche mit ihren Interessen und Perspektiven bis heute nicht ausreichend gehört worden, obwohl sie ein Recht darauf haben. Darüber hinaus sind Kinder nicht nur „Kita-Kinder“ oder „Schüler\*innen“- sie sind Menschen mit Bedürfnissen nach Freizeit, Gesundheit, Privatsphäre, Bildung und sozialen Kontakten.

Wir erwarten, dass Kinderrechte endlich auch im Grundgesetz verankert werden. Zudem müssen Kinder und Jugendliche in ihren Bildungsinstitutionen ernst genommen und beteiligt werden mit Blick auf die Organisation von Betreuung und Unterricht. Hierzu gehören vor allem strukturell benachteiligte Kinder, wie beispielsweise Kinder mit Behinderungen, Kinder mit einer Migrationsgeschichte und Kinder aus armutsbetroffenen Familien. Darüber hinaus haben alle Kinder und Jugendliche das Recht auf Freizeit und niedrigschwellige Angebote wie offene Kinder- und Jugendarbeit. Dort, wo Kinder und Jugendliche Gewalt ausgesetzt sind, muss der Staat auch in Krisenzeiten handlungsfähig sein und darf sie nicht alleine lassen!

## **2. Zwischenruf:**

### **Rettungsschirme müssen auch über arme Familien gespannt werden!**

Arme und von Armut bedrohte Familien werden seit Langem mit ihrer finanziellen Not alleine gelassen. Diese Entwicklung hat sich in den vergangenen Monaten verstärkt! Zugleich haben die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie die Mehrfachbelastung von Fürsorge, Homeschooling und Erwerbsarbeit dazu geführt, dass zahlreiche Familien Kurzarbeitergeld erhalten und/oder zusätzlich auf Grundsicherung angewiesen sind. Forderungen nach finanziellen Soforthilfen in der Grundsicherung, der Auszahlung des Bildungs- und Teilhabepaketes oder der Erhöhung des Schulbedarfspaketes, die das ZFF von Beginn an erhoben hat, wurden kaum gehört. Stattdessen wurden Hilfen installiert, wie die Möglichkeit der Abholung des Mittagessens in Kita oder Schule, die oft für beide Seiten unpraktikabel und von Misstrauen geprägt sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass endlich alle Menschen und Familien in unserer Gesellschaft gleich viel wert sind! Dazu gehören die bessere Ausgestaltung der Grundsicherung sowie krisenbedingte Soforthilfen und Einmalzahlungen, die Einführung einer einkommensabhängigen Kindergrundsicherung und der Ausbau niedrigschwelliger Angebote der Beratung, Bildung und Begleitung von Familien vor Ort!

## **3. Zwischenruf:**

### **Die Bildung muss endlich im 21. Jahrhundert ankommen!**

Die Schließung von Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, Schulen und Horten und die darauf folgende viel zu langsame Wiederöffnung haben deutlich vor Augen geführt, was schon vor der Zeit der Corona-Pandemie galt: Investitionen in Bildung haben in unserer Gesellschaft keinen hohen Stellenwert und der Staat verlässt sich auf die Ressourcen der Familien, um den Kindern und Jugendlichen einen guten Start in ihr Leben zu bereiten. Die schlechte Bezahlung von pädagogischen Fachkräften in der Kindertagesbetreuung und der darauf folgende Personalmangel lässt bis heute vielerorts keine vollständige Wiederöffnung zu. Viele Schulen waren auf die Umstellung auf digitalen Unterricht nicht vorbereitet und dort, wo digitaler Unterricht (teilweise) stattfand, war nicht sichergestellt, dass alle Schüler\*innen über eine ausreichende technische Ausstattung verfügen. Die zusätzlichen Mittel im Digitalpakt kamen zu spät, werden viel zu langsam verteilt und die Auszahlung eines zusätzlichen Schulbedarfspaketes, wie wir es von Beginn der Krise an gefordert haben, war politisch nicht erwünscht. In den Schulen fehlt es oftmals an entsprechenden Geräten für Lehrer\*innen, nur wenige verfügen über eigene Schul-Mailadressen und pädagogische Konzepte für digitalen Unterricht sind oftmals nicht entwickelt. Auf diese Weise wird die digitale Spaltung unserer Gesellschaft, die auch zwischen arm und reich unterscheidet, massiv verschärft. Hinzu kommt, dass manche Familien mit der Aufgabe, für die Bildung ihrer Kinder alleine verantwortlich zu sein, überfordert sind. Entweder, weil sie ihre Kinder bei

den Schulaufgaben nicht ausreichend unterstützen können oder weil ihnen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kaum Zeit für Homeschooling bleibt.

Wir erwarten, dass alles getan wird, um ausnahmslos alle Kinder und Jugendliche bestmöglich auf ihrem Bildungsweg zu unterstützen – auch digital! Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf diejenigen gelegt werden, die größere Herausforderungen auf ihrem Bildungsweg haben. Sie brauchen besondere Unterstützung, die in ausreichendem Maße über die Kindertagesbetreuung und Schule abgedeckt werden muss! Darüber hinaus dürfen sich v. a. Schulen vielerorts nicht länger so verhalten, als würde die demokratische Beteiligung an der Garderobe abgegeben: Schüler\*innen haben sehr genaue Vorstellungen davon, wie guter Unterricht aussieht und wie er auch in Zeiten der Krise stattfinden kann. Das gilt es ernst zu nehmen und in die Planungen mit einzubeziehen!

#### **4. Zwischenruf:**

##### **Frauen und Mütter dürfen nicht die Hauptlast der Krise tragen!**

Frauen, v. a. Mütter, trugen bereits vor der Pandemie die Hauptlast der privat erbrachten Sorgearbeit. Dies hat sich in der aktuellen Krise weiter verstärkt und das Risiko, dass unsere Gesellschaft eine Rolle rückwärts zum Erwerbsmodell des „männlichen Hauptnährers“ erlebt, ist wieder größer geworden. Frauen profitieren zudem sehr viel seltener von den Regelungen des Kurzarbeitergeldes, da viele aus geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen direkt in die Grundsicherung rutschen. Dort, wo sie Kurzarbeitergeld erhalten, wird seltener aufgestockt, da sie in Betrieben arbeiten, die entweder nicht die finanziellen Mittel dafür haben (oftmals in gemeinnützigen Institutionen) oder die tarifliche Bindung schwach ist. Die schlechtere soziale Absicherung erhöht den Fürsorgedruck innerhalb von Familien und produziert damit schwerwiegende Langzeitfolgen, da sie einer selbstbestimmten Erwerbs- und Lebensgestaltung im Wege stehen. In besonderem Maße trifft dies auf Alleinerziehende (weit überwiegend Frauen) zu, bei denen oftmals Armutsgefährdung, schlechtere Bezahlung und alleinige Fürsorgeverantwortung zusammenfallen. Wird innerhalb von Partnerschaften Gewalt gegenüber Frauen ausgeübt, so stehen sie oft alleine und mit wirtschaftlichen Nöten da.

Es ist nicht erst seit der Krise dringend geboten, Instrumente einer partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit auszubauen. Dazu gehören eine Familienarbeitszeit mit Familiengeld, die Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die Abschaffung des Ehegattensplittings, die Ausweitung eigenständiger Zugänge in die gesetzliche Krankenversicherung und echtes Equal Pay. Gewalt gegenüber Frauen muss klar begegnet werden, u. a. auch mit einem Rechtsanspruch auf Schutz in einem Frauenhaus.

#### **5. Zwischenruf:**

##### **Die Pflege von Angehörigen muss endlich gut abgesichert werden!**

Menschen, die gepflegt werden, erhalten Fürsorge weit überwiegend durch ihre Familien, seien es ältere Angehörige oder Kinder mit Behinderungen. Auch hier sind Frauen die Hauptträgerinnen der unbezahlten Sorgearbeit. Seit Langem tut sich die Politik schwer, dieses anzuerkennen und sozial abgesicherte Pflegezeiten zur Verfügung zu stellen. Kurz vor Beginn der Krise deutete manches auf einen Paradigmenwechsel hin – von der Vorlage eines Berichtes des unabhängigen Beirates des BMFSFJ bis hin zu Länderinitiativen zur Einführung einer Familienpflegezeit. Mit Ausbruch der Corona-Pandemie waren diese Ideen vom Tisch: Pflegebedürftige Angehörige waren bei der Fürsorgeübernahme weitgehend auf sich alleine gestellt. Sie haben bis heute keinen Zugang zu Lohnfortzahlung nach dem BGB

oder dem Infektionsschutzgesetz, erhalten keinen familienbedingten Aufschlag beim Kurzarbeitergeld und die krisenbedingten Änderungen beim Pflegeunterstützungsgeld oder der Pflege- und Familienpflegezeit bleiben in ihrer Wirkung gering.

Die Einführung eines Familienpflegegeldes ähnlich dem Elterngeld muss dringend umgesetzt werden! Gleichzeitig sollte unsere Gesellschaft bei der Pflege nicht widerspruchlos die Familien in die Pflicht nehmen, sondern muss mit Angeboten der Kurzzeit- und Tagespflege sowie Beratungs- und Selbsthilfeangeboten einen guten Mix aus Erwerbsarbeit und Pflege möglich machen. Dabei darf die eigenständige Existenzsicherung derjenigen, die die private Pflege leisten, nämlich überwiegend Frauen, nicht aus dem Blick geraten. Um dieses zu verwirklichen ist es ebenso dringend geboten, die professionell geleistete Pflege finanziell und strukturell aufzuwerten.

## **6. Zwischenruf:**

### **Alle Menschen haben ein Recht auf Familie und Fürsorge!**

Mit Beginn des Lockdowns des öffentlichen Lebens wurde die katastrophale Situation vieler geflüchteter Menschen an den Grenzen Europas, darunter auch zahlreiche Kinder, Jugendliche und Familien, weit gehend von der politischen Tagesordnung gestrichen. Die Aufnahme einiger hundert Kinder aus griechischen Flüchtlingslagern blieb eine Ausnahme. Gleichzeitig wurden Regelungen des Familiennachzugs ausgesetzt und viele Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen erlebten die Ausgangsbeschränkungen als massive räumliche Einschränkung der ohnehin beengten Wohnverhältnisse. Auch der Kinderbonus, der im Rahmen des Konjunkturpaketes beschlossen wurde, bleibt all denjenigen Familien verwehrt, die nicht kindergeldberechtigt sind, also auch Eltern, die lediglich über eine Duldung oder Aufenthaltsgestattung verfügen.

Wir fordern dringend die Umsetzung eines Rechts auf Familie für alle, u. a. durch beschleunigte Beantragungsverfahren und die Ausweitung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte, die würdevolle Unterbringung von geflüchteten Familien sowie die Auszahlung des Kinderbonus an alle Familien in Deutschland, unabhängig von ihrem Aufenthalts- oder Duldungsstatus.

In dieser Krise, aber auch weit darüber hinaus, fordern wir, die Mitglieder des Zukunftsforschungs Familie e. V., die solidarische und geschlechtergerechte Absicherung von Fürsorgearbeit über den gesamten Lebensverlauf hinweg! Dieses setzt einen guten Mix aus Zeit, Geld und Infrastruktur voraus, der dringend abgesichert sein muss – jetzt und in Zukunft.

**Das Zukunftsforschung Familie e. V. (ZFF) setzt sich seit seiner Gründung für eine solidarische und geschlechtergerechte Politik für Familien ein.**

**Dafür kämpfen wir – jetzt erst recht!**